

Gedenkrede 20. Juli 2010

Prof. Dr. Karin von Welck

Heute vor 66 Jahren endete der Weg des zivilen bürgerlichen wie des militärischen Widerstands gegen Hitler im gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944. Sie alle wissen nur zu gut, was folgte: Die Anklage und Ermordung der meisten Beteiligten durch die Nationalsozialisten und die Ausgrenzung ihrer Angehörigen aus der Volksgemeinschaft sowie ihre Diskriminierung und Isolation.

Der Kreisauer Kreis, dem Adam von Trott zu Solz angehörte, bildete innerhalb des Widerstands gegen Hitler eine heterogene Gruppe von Zivilisten mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen, die der Zweck verband, die Nationalsozialisten und Hitler zu stürzen.

Unter ihnen befand sich mit Adam von Trott zu Solz eine Persönlichkeit, die durch ihre liberale Geisteshaltung und Offenheit gegenüber unterschiedlichen Weltanschauungen die Zusammenarbeit verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen im Widerstand gegen Hitler überhaupt erst ermöglicht hat. Insbesondere hielt Trott engen Kontakt zu dem Kreis um den Leipziger Bürgermeister Carl Friedrich Goerdeler und zum militärischen Widerstand um Oberst Graf von Stauffenberg und Generaloberst Ludwig Beck. Adam von Trott zu Solz, zu dessen ehrendem Gedenken wir heute zusammengekommen sind, gilt zu Recht als einer der entscheidenden Vertreter des bürgerlichen Widerstandsverbundes gegen Hitler. Sehe wir uns sein Vermächtnis einmal genauer an, so zeigt sich, dass der Widerstand gegen Hitler auch heute noch Impulse geben kann, für die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Herausforderungen.

Als Sohn des preußischen Kultusministers August von Trott zu Solz war Adam von Trott Teil einer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sozialisierten adeligen Elite, aber seine Sozialisation unterschied sich von jener der meisten Angehörigen dieser konservativen Elite durch ihre stark anglophile Ausrichtung. Zeit seines kurzen Lebens setzte Adam von Trott zu Solz sich, beeinflusst von der angelsächsischen Tradition und einer aus der kritischen Auseinandersetzung mit dem deutschen Idealismus gewonnenen humanistischen Haltung, mit den Rechten des Einzelnen gegenüber den Ansprüchen des Staates auseinander. Bereits in seiner 1931 verfassten Dissertation über Hegels Staatsphilosophie und Internationales Recht forderte er, die subjektive, freie „Gewissensständigkeit“ des Einzelnen und die „Existenz der sittlichen Substanz“ auf allen Gebieten zu wahren.

Aus diesem Grund sprach er sich auch für ein allgemein anerkanntes internationales Recht aus, über das sich kein Staat sanktionslos hinwegsetzen dürfe. Diese Forderung nach internationalem Recht bei der Verteidigung der Rechte des Einzelnen ist heute, wie wir alle wissen, noch immer hoch aktuell. Politisch war Adam von Trott zu Solz ein Wanderer zwischen den Welten. Durch seine zahlreichen Studienjahre und Auslandsaufenthalte in Großbritannien, den USA sowie China aber auch in Deutschland kam er in den Jahren bis 1933 mit ganz unterschiedlichen politischen Strömungen in Berührung. Das Thema der individuellen Freiheitsrechte führte ihn politisch an die Sozialisten heran, zugleich stand er aber in einer familiären Tradition, in der die Verbundenheit mit dem Staatsdienst große Bedeutung hatte. Dieser Spagat zwischen Sozialismus und konservativem preußischem Staatsverständnis begleitete ihn auch in der seiner Auseinandersetzung mit den Schriften Heinrich von Kleists, die er 1934 publizierte.

In ihr zeigte sich die grundlegende oppositionelle Haltung Adam von Trotts zu Solz gegenüber einem Regime, in dem die Freiheitsrechte des Einzelnen nichts galten. Die ersten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur bestärkten Trott zu Solz in einer Haltung, die er Ende 1938 in die wegweisenden Worte fasste:

„Der Dienst an den Rechten des einzelnen – des 'Menschen', wie die Naturrechtler sagen – im Zusammenhang und im Konflikt mit all den äußerlichen Ordnungen und Hindernissen ist mir ungleich wichtiger als der Dienst am 'Staat', der zur Willkür geworden ist.“

[Adam von Trott zu Solz (zitiert nach Henric L. Wuermeling, Adam von Trott zu Solz. Schlüsselfigur gegen Hitler, München 2009, S. 72–73)]

In diesem Satz wird eine Grundüberzeugung deutlich, die zahlreiche Widerstandskämpfer des 20. Juli teilten, zu der sie aber teilweise erst in jahrelanger Auseinandersetzung mit dem NS-Regime in einem schmerzhaften Prozess der Abkehr von bisherigen Überzeugungen gelangten. Es ist jene für die konservative, insbesondere preußisch sozialisierte Elite radikale Entscheidung, angesichts von Willkür und Gewalt im 'Dritten Reich' die Forderung nach (Staats)gehorsam zu missachten zugunsten der Verteidigung der Rechte des Einzelnen. Hierzu führte die Erkenntnis, dass die von den Nationalsozialisten proklamierte Volksgemeinschaft nicht die inneren Gegensätze befriedete, sondern letztlich auf der politischen und rassistischen Ausgrenzung und der Verfolgung von Minderheiten basierte.

Der Widerstandskreis, ob zivil oder militärisch, setzte sich damit über eine im Kaiserreich ausgebildete Tradition des Dienens hinweg; dieses Staats- und Gesellschaftsverständnis ist bis heute eines der wichtigsten Erbstücke der zivilen bürgerlichen und militärischen Widerstandsbewegung. Sie markiert auch den Bruch mit anderen Angehörigen der Eliten, die sich aus Opportunismus dem neuen Regime und dessen Gesellschafts- und Staatsvorstellungen unterwarfen, in der Haltung unbedingter Gehorsam sei ein höheres Gut als das ethische Gewissen und humanitäre Gesinnungen. Ganz zu schweigen selbstverständlich von jener Masse an Funktionsträgern im Dritten Reich, die sich aus Überzeugung der nationalsozialistischen Bewegung und ihren Zielen anschlossen.

Adam von Trott zu Solz ging, wie die meisten Kreisauer, aber auch die Angehörigen des Widerstands um Stauffenberg und Goerdeler den schwierigen Weg eines Doppelspiels, nämlich einerseits als Teil des Systems zu wirken und dieses auf diese Weise auch zu stützen. Dieser Weg brachte ihn in den Dienst des Auswärtigen Amtes, wo er als treuer Diener des nationalsozialistischen Staates auftrat, und später sogar in die NSDAP [eintrat], um den Anschein der Zustimmung mit dem herrschenden System noch zu verstärken. In seiner Funktion im Auswärtigen Amt knüpfte Trott zu Solz jedoch Kontakte ins Ausland, aber auch zu Vertretern zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen, und rückte auf diese Weise ins Zentrum der Attentatspläne des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler. In der deutschen Erinnerungskultur nach 1945 hat sich bekanntermaßen das Bild des Widerstands stark gewandelt. Die Aufmerksamkeit in der unmittelbaren Nachkriegszeit galt dem militärischen Widerstand gegen Hitler, der jedoch von nicht wenigen, insbesondere von vielen ehemaligen Wehrmachtangehörigen als „Vaterlandsverrat“ betrachtet wurde. Anfang der 1950er Jahre setzte sich – nach einigen Anlaufschwierigkeiten – ein Konsens der „veröffentlichten Meinung“ in Zeitungen, politischen Reden usw. durch, den militärischen Widerstand positiv zu bewerten. Die „Mehrheit“ der deutschen Gesellschaft und der ehemaligen Soldaten stand dem Widerstand hingegen indifferent oder weiterhin ablehnend gegenüber. Wichtig war es daher, dass bei den Planungen zum Neuaufbau einer westdeutschen Armee die Erfahrungen aus Diktatur und Wider-

stand in die Diskussionen einfließen, zum Beispiel die Fragen nach der Legitimität von Gehorsamsverweigerung, nach der gesellschaftlichen Verankerung des Soldaten, nach der Wahrung von Menschenwürde innerhalb und außerhalb der Armee, wie sie dann bei der Schaffung der Bundeswehr im Konzept der „Inneren Führung“ Wolf Graf von Baudissins ihren Ausdruck fanden.

Es dauerte allerdings noch länger, bis der Widerstand des 20. Juli tatsächlich zum Vorbild erklärt wurde für eine Gesellschaft, in der dem „Gewissen“ nunmehr eine zentralere Bedeutung zugesprochen wurde als bisher. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR fand in Westdeutschland eine Gleichsetzung mit dem Umsturzversuch des 20. Juli 1944 statt, die dazu führte, dass der 20. Juli in der Öffentlichkeit nun wesentlich positiver bewertet wurde. Und langsam befreite sich auch der bürgerlich-zivile Widerstand gegen Hitler aus dem Schattendasein der Diskussion um den militärischen Widerstand und wurde in seiner Eigenständigkeit wahrgenommen.

Die Betonung der Vorbildfunktion des bürgerlichen und militärischen Widerstands seit Ende der 1950er Jahre in Westdeutschland ging mit einer Vernachlässigung und Missachtung des Widerstands einher, der von Kommunisten und Sozialdemokraten, der von Gewerkschaftern bzw. aus der organisierten Arbeiterbewegung heraus bereits seit 1933 geleistet worden war.

Das Gegenteil gilt für den zweiten deutschen Staat, die DDR: Hier war der Widerstand des 20. Juli lange Zeit in der Erinnerungskultur marginalisiert und wenn er thematisiert wurde, galt er als reaktionär und systemstabilisierend.

Nach der Wiedervereinigung und dem Ende der Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten hat sich in Deutschland das Bild der am 20. Juli beteiligten Gruppen ausdifferenziert. Das Verständnis des Widerstands als einer Bewegung mit relativ einheitlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Zielen wurde abgelöst durch die Erkenntnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure und Gruppen, die im ungleichen Maße in Opposition zum verbrecherischen Regime standen. Die bis dahin vernachlässigten Widerstands- und Opfergruppen galten nunmehr auch als erinnerungswert. Damit öffnete sich das Feld zu ganz neuen Fragen und Konstellationen im Widerstand gegen Hitler und auch im Hinblick auf den 20. Juli.

Erst jetzt setzte sich die Erkenntnis allgemein durch, dass keine der Widerstandsgruppen frei von Widersprüchen war und Forderungen nach Demokratie nur bei ganz wenigen auf der Agenda gestanden hatten. Als Vorbild für unser demokratisches Gemeinwesen ist der Widerstand gegen Hitler daher nur bedingt geeignet, das gilt auch für den Widerstand des 20. Juli. Andererseits hat sich aber auch die Vorstellung verändert davon, was legitime Formen des Widerstands gegen die Nationalsozialisten waren und sind, indem die Widerstandsakte und ihre Motivation selbst ins Zentrum rückten. Gerade in Bezug auf den militärischen Widerstand wurden in den 1990er Jahren bis in die erste Dekade des 21. Jahrhunderts hinein die Schattenseiten debattiert; antisemitische Äußerungen und Überzeugungen der Akteure, autoritäre Ordnungsvorstellungen, Formen der Mittäterschaft am Vernichtungskrieg. Die heroisierenden Tendenzen der Betrachtung des 20. Juli in der Endphase der alten Bundesrepublik wich der Einsicht, dass es durchaus Interessenidentitäten der Mitglieder des 20. Juli mit dem Nationalsozialismus gegeben hatte, und dies besonders bis zum Kriegsbeginn, und dass der Massenmord an den europäischen Juden keineswegs ein zentrales Motiv darstellte, gegen Hitler zu opponieren. War in der Zeit vor 1989 in der Bundesrepublik überwiegend der kommunistische Widerstand als antidemokratisch und totalitär kritisiert worden, erweiterte sich der kritische Blick nunmehr befreit von der Systemkonkurrenz auf den auf den Wider-

stand und seine Motive als Ganzes.

Diese kritische Reflexion auch der Ambivalenzen und der vielfältigen Graustufen im Verhalten und den Überzeugungen der Mitglieder des 20. Juli schuf nun ihrerseits die Voraussetzung, um den zivilen bürgerlichen und militärischen Widerstand historisch in den gesamten Widerstand gegen den Nationalsozialismus einzuordnen und auf diese Weise Möglichkeiten und Motive von Widerstandshandlungen in einer totalitären Diktatur auszuloten. Dabei sollte der Widerstand im Nationalsozialismus, egal aus welcher politischen Haltung heraus er geleistet wurden, nicht in Relation gesetzt werden zum „Idealbild des Heiligen“, sondern zur „breiten Masse der Mitläufer“, von der er sich absetzte. Im Rückblick und im Hinblick auf die Lehren für unsere Gegenwart und Zukunft erscheint die anfängliche Beteiligung an Verbrechen des Nationalsozialismus für weniger wichtig als die innere „Wendung“ der Regimegegner, ihre „Rückkehr zum Humanismus“, ihre Abkehr von den ideologischen Mustern der Ausgrenzung und Gewalt, die im Nationalsozialismus propagiert wurden.

Mit der Deutung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus als Ausdruck seiner Zeit und der Vergegenwärtigung des hohen Zuspruchs, den der Nationalsozialismus lange Zeit in der deutschen Gesellschaft fand, tritt auch die Interaktion verschiedener Widerstandsbündnisse untereinander in den Blick. Die Mitglieder des Widerstands gegen Hitler erscheinen als Gruppen und Einzelpersonen, deren Handeln, Ziele und Motive aus heutiger Sicht nicht in jeder Hinsicht unanfechtbar waren. Es wird aber ihre Leistung deutlich, die darin bestand, in dem auf Gleichschaltung ausgerichteten NS-System den Mut und die Kraft gefunden zu haben, sich zu Gruppen zusammenzuschließen und Widerstand zu leisten.

Dieser Befund bildet die Basis für eine abschließende Bewertung der Bemühungen des Kreisauer Kreises und hier vor allem von Adam von Trott zu Solz, dessen Stärke es war, ganz unterschiedliche Strömungen zu bündeln und zu einem Widerstandsbündnis zu formen. In der Erinnerung an den 20. Juli sind dabei zu Recht weniger die politischen Ziele und Konzepte präsent. Es ist vielmehr die Bereitschaft der Mitglieder des 20. Juli, für ihre Sache im Namen des Gewissens einzutreten und dabei auch schlimmste Folgen in Kauf zu nehmen, die als vorbildlich betrachtet wird und die Maßstäbe zivilgesellschaftlichen Handelns beeinflusst hat. Die Verteidigung der Rechte des Einzelnen durch die Angehörigen des 20. Juli hatte eine Vorbildfunktion für die Menschen- und Grundrechte, die stets auch in unserer Gesellschaft aufs Neue gefährdet sind und verteidigt werden müssen. Und auf Grundlage des eigenen Gewissens zu handeln und sich dabei auch gegen staatliche Ordnungen zu stellen, die als unmenschlich eingestuft werden, ist eine Errungenschaft, die als Grundwert der zivilgesellschaftlichen Orientierung in unsere Verfassung Eingang gefunden hat. Adam von Trott und seine Freunde haben also nicht umsonst ihr Leben geopfert und ihre Familien in Gefahr gebracht, auch wenn sie ihren Plan, das Attentat auf den unmenschlichen Diktator und danach der Aufbau eines neuen Deutschlands nicht verwirklichen konnten. Der Schlusssatz auf dem Gedenkstein hier unter dem Kreuz lautet: „Beherzigt ihr Beispiel“ – wir alle, die wir heute Abend hier versammelt sind, aber im Grunde alle aufrechten Bürger sind damit aufgerufen, uns ein Beispiel an dem Mut und der Kraft der Widerstandskämpfer zu nehmen, um jeder undemokratischen Machtergreifung und jedem Unrecht in unserer Demokratie entgegenzutreten. Nicht zuletzt Sie, lieber Herr Höppner und ihre Freunde haben vor nun 20. Jahren mit der friedlichen Revolution bewiesen, dass Mut und Entschlossenheit viel bewegen, ja Grenzen ausradieren können.

Prof. Dr. Karin von Welck wurde 1947 in Buir bei Köln geboren. Sie studierte Politikwissenschaften, Volkskunde, Altamerikanische Sprachen und Kulturen, Ethnologie und Linguistik an den Universitäten Hamburg und Köln. Nach Tätigkeiten an der Universität Köln und am Rautenstrauch-Joest-Museum in Köln und am Mannheimer Reiss-Museum wurde von Welck 1988 Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder. 2004 wurde sie als parteilose Kultursenatorin in den von Ole van Beust geleiteten Senat der Freien und Hansestadt Hamburg berufen. Seit 2007 ist sie darüber hinaus Mitglied des Präsidiumsvorstandes des Deutschen Evangelischen Kirchentages und war 2009 Präsidentin des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Bremen.